

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Bayr, MA MLS, Dr. Helmut Brandstätter,  
Kolleginnen und Kollegen

betreffend politisch willkürlich motiviertes Vorgehen gegen den Istanbuler Bürgermeister Imamoglu

eingbracht im Zuge der Debatte zu Top 15 / Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den  
Außen- und Europapolitischen Bericht 2021 der Bundesregierung (III-770/1766 d.B.)

In der Türkei wurden von Präsident Erdogan in den letzten Jahren rund 50 demokratisch gewählte  
Bürgermeister von ihren Ämtern abgesetzt und teilweise verhaftet. Dieser Verstoß gegen  
rechtsstaatliche Grundsätze wurde u.a. von der Venedig Kommission des Europarates, dem  
Europäischen Parlament und internationalen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

Gestern wurde der amtierende Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem Imamoglu von einem  
Strafgericht zu einer Haftstrafe und einem Politikverbot verurteilt. Ein Istanbuler Gericht verhängte  
über ihn wegen der angeblichen Beleidigung der Wahlkommission im Jahr 2019 eine Haftstrafe von  
zwei Jahren und sieben Monaten. Imamoglus Anwalt hat gegen das Urteil Berufung angekündigt.  
Türkische Oppositionelle bezeichnen den Prozess als politisch motiviert. Imamoglu gilt als möglicher  
Gegenkandidat von Präsident Erdogan bei der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale  
Angelegenheiten wird aufgefordert, sich umgehend auf bilateraler Ebene gegen das politisch  
willkürliche Vorgehen gegen den demokratisch gewählten Istanbuler Oberbürgermeister Imamoglu  
und dessen drohende Verhaftung auszusprechen und sich nachdrücklich für die Einhaltung der  
Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und rechtsstaatlicher Prinzipien in der Türkei einzusetzen.  
Darüber hinaus wird die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und  
internationale Angelegenheiten aufgefordert, alle Fälle von willkürlich inhaftierten  
Menschenrechtsverteidiger\*innen, Anwält\*innen, Journalist\*innen, Politiker\*innen und  
Akademiker\*innen weiterhin gegenüber der Türkei zur Sprache zu bringen und sich für deren  
Freilassung und Rehabilitation einzusetzen.“

Petra Bayr

Dr. Helmut Brandstätter

Helmut Troch

Horst Hoyer

